

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Friedrich J. H. Schindler
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 26, Dresden

Bezugskarte: Briefmarken-Einfügung...
Vielteilige Briefmarken-Einfügung...
Bezugskarte: Briefmarken-Einfügung...
Vielteilige Briefmarken-Einfügung...

Druck u. Verlag: Friedrich J. H. Schindler
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Königsplatz 26, Dresden

Die Nationalsozialisten koalitionsbereit Kabinett Braun will nicht demissionieren

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. April. Entgegen anderslautenden Gerüchten ist die preussische Regierung Braun-Severing nicht einmal insoweit demissioniert. Sie will vielmehr warten, bis der neue preussische Landtag zusammengetreten ist. Damit hat es aber noch gute Weile. Offiziell schließt die Funktion des alten Landtages am 30. Mai. Auf Grund der preussischen Verfassung tritt der neue Landtag automatisch spätestens am 30. Tage nach diesem Termin zusammen, also am 30. Juni, und das die ein Sonntag ist, am 30. Juni. Die preussische Verfassung wird zweifellos bis zu diesem Termin am Ruder bleiben, also ihre parlamentarischen Funktionen rechtlos verwirklicht bis auf die letzte Minute festhalten.

Schließlich wenn der neue Landtag einen neuen Präsidenten wählen soll, dann wird das eine große Frage, und Antwortspiel um die Neuwahlung einer arbeitsfähigen Regierung in Preußen beginnen.

In dem Wahlergebnis selbst ist noch nachzutragen, daß die Wahlleitung der Spaltparteien im wesentlichen auf zwei Bestimmungen zurückzuführen ist. Auf Grund einer Anweisung der Regierung Braun wurde der Wahlquotient von 40.000 auf 50.000 heraufgesetzt, damit bei den zu erwartenden großen Wahlverlusten kein allzu umfangreicher Landtag bestehe. Auf Grund derselben Verordnung wurde aber auch die Aufschüttung und die der Restlisten nun grundsätzlich geändert. Spaltparteien haben nun dann Anspruch, zu Mandaten zu gelangen, wenn sie in einem Wahlkreis mindestens 20.000 Stimmen erzielen. Nicht zuletzt auf diese Bestimmung ist der obige Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte zurückzuführen.

Die erste politische Partei, die zum Wahlergebnis Stellung genommen hat, sind die Nationalsozialisten. Sie beanspruchen die Nachfolge Brauns. Eine offizielle Erklärung des preussischen Fraktionsführers Brauns lautet:

Die Nationalsozialisten seien bereit, mit jedem zusammenzutreten, der ein nationales, von sozialistischem Charakter, von künftiger Welt weisendes Preußen wolle. Wir wollen niemand zurück.

Die neue preussische Ministerpräsidenten werde, so erklärt die, von Adolf Hitler bestimmt werden. Die von der Vorstand der preussischen Zentrumspartei veröffentlichte eine Rundgebung, in der es heißt: Die neue preussische Zentrumspartei werde getreu dem Programm und der Überlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Landtag das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung der bürgerlich-deutschen Volkswirtschaft und einer gesunden Volkswirtschaft setzen. Sie sei bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen seien. In dem Zentrumskreis wird mit Befriedigung betont, daß das Zentrum wie bisher so auch jetzt die Schlüsselstellung innehat und damit die Gewähr für einen ordnungs- und verfassungsmäßigen Verlauf der Dinge gegeben sei.

Aufgabe der Rechtsgruppen sei es nunmehr, zu erklären, ob sie weiterhin in ihrer bisherigen Opposition verharren oder ihre negative Opposition aufgeben wollen und voll auf dem Boden der Verfassung zur positiven Mitarbeit bereit seien.

Die Parteiäußerungen müssen wohl zunächst nur als provisorisch gewertet werden. Bekanntlich geht das Zentrum der Parteien nach Neuwahlen immer darauf hin aus, der anderen Seite die Schuld an einer etwa schillernden Zusammenarbeit anzuschreiben.

Der bisherige landsparteiartige Landtagsabgeordnete Nieder erklärt zum Wahlergebnis folgendes: Die Deutsche

Staatspartei hat ihren Stimmenverlust in der Hauptsache der Tatsache zu verdanken, daß sie im Reich und bis zum Oktober auch in Preußen die für die wesentlichen Not- und Sparverordnungen verantwortliche gemachten Finanzminister gestellt hat. Beamte und Lehrer, die früher die stärkste Stütze der Partei waren, haben ihr deshalb in großer Zahl den Rücken gekehrt. Dazu kam, daß sich in der Geschäftsabwicklung der Partei in letzter Zeit erhebliche Störungen ergeben hatten, die eine planmäßige und rein sachliche Organisationsarbeit verhinderten.

Man sollte als überzeugter Demokrat aus dem Wahlergebnis die richtige Lehre ziehen und jetzt den Reichsparteien die Regierung überlassen, auch auf die Gefahr hin, daß dann ein entsprechender Rückwechsel im Reich eintreten könnte.

Der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an den preussischen Ministerpräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: Die gestrigen Wahlen haben ergeben, daß die jetzige Regierung im Volke und im künftigen Landtag eine Mehrheit nicht mehr hat und daher das nach Artikel 67 der preussischen Verfassung notwendige Vertrauen des neuen Landtags nicht mehr besitzen wird. Es ist daher unerwünscht, daß die Regierung noch im Amt bleibt und sich dabei auf das Vertrauen eines vor vier Jahren gewählten Landtags beruft.

Kennens der deutschnationalen Landtagsfraktion beantrage ich daher, die sofortige Auflösung des jetzigen Landtags.

nach Artikel 14 Absatz 1 der Verfassung durch Beschluß des in diesem Artikel vorgesehene Ausschusses herbeizuführen. Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn Präsidenten des Landtags und des Staatsrats zugehen lassen.

Der in dem Schreiben des deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden erwähnte Ausschuss ist zusammen aus dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Landtags und des Staatsrats.

Das preussische Staatsministerium wird wahrscheinlich in den Vormittagstunden des Dienstags zu einer Sitzung zusammenzutreten, um zum Ergebnis der Wahlen Stellung zu nehmen. Es ist anzunehmen, daß das preussische Kabinett eine formulierte Erklärung herausgeben wird.

Das amtliche Wahlergebnis für Preußen

Berlin, 25. April. Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis der preussischen Landtagswahlen wird der preussische Landtag, wie bereits im Montag-Vorgang durch eine nichtamtliche Berechnung festgestellt wurde, 423 Abgeordnete umfassen. An der Verteilung der Mandate hat sich ebenfalls nichts geändert, in daß sich im Vergleich mit dem alten Landtag folgendes Bild ergibt:

Table with 3 columns: Party name, 1933 votes, 1933 seats, 1928 seats. Includes Sozialdemokraten (98, 187), Deutschnationale (51, 71), Zentrum (67, 71), Kommunisten (57, 48), Deutsche Volkspartei (7, 40), Staatspartei (22, 22), Nationalsozialisten (163, 9), Deutsche Fraktion (Hanov. Landvolk, Volkrecht) (19, 19), Deutschnation (1, 4), Christl.-Soz. (2, 4), Wirtschaftspartei (16, 16), Komm. Opposition (1, 1), Links kommunisten (1, 1), Reichl. Mittel. (1, 1), Soziall. Arbeiterpartei (7, 7), Fraktionslos (423, 450).

Die Wahlbeteiligung betrug in Preußen 82,6 Prozent.

Stimme Berliner Blätterstimmen

Berlin, 25. April. Die wenigen am Montagmorgen erschienenen Blätter nehmen bereits ausführlicher zu dem Wahlergebnis in Preußen Stellung. Die „D.N.Z.“ heißt fest, daß das Hauptziel der Weimarer Koalition sei befristet. Das Zentrum, ohne das eine Regierungsbildung in Preußen nicht möglich sei, müsse sich mit den Gruppen rechts von ihm verständigen. Die Niederlage seiner bisherigen Koalitionsgenossen sei so außerordentlich und der Erfolg der Nationalsozialisten sei so betrüblich, daß unbedingt die politischen Folgerungen gezogen werden müßten. Weiter wird von der „D.N.Z.“ darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse der Wahlen einen Wandel ohne Rückwirkung auf die Reichspolitik zu erwarten. Der „Vorwärts“ hebt hervor, daß die Rechte nahe an der Mehrheit sei, und daß die Nationalsozialisten jetzt im protestantischen Teil Deutschlands die bürgerliche Partei seien. Die

Entscheidung für die weitere Entwicklung liegt jetzt in erster Linie beim Zentrum. Auf alle Fälle stehe man in Preußen und in ganz Deutschland vor schweren Kämpfen, die nur unter sozialdemokratischer Führung zum Ziele geführt werden könnten. Der „Montag“ betont, daß das schwarz-rote System entscheidend geschlagen sei, daß aber die Regierungsbildung sehr schwierig sein werde, da auch keine Mehrheit der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten vorhanden sei. Die „Kommunisten“ meinen unter Bezugnahme auf den Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien, für das Zentrum, die Sozialdemokratie und auch die Staatspartei, die den Kampf gegen den rechtsradikalen Antikomm mit aller Entschlossenheit geföhrt hätten, bestehe die Tendenz der Wahl unbestreitbar eine Rechtlerীগана ihrer Politik.

Groener erhaltet Bericht. Reichminister Groener wird am morgigen Dienstag beim Reichspräsidenten über die Prüfung des Reichsparlamentarismus und die gesamte Lage Vortrag halten.

Was nun?

Die brennendste Frage des Tages und der nächsten Zukunft ist nun die nach den Folgen der Sonntagswahlen für die Länder und für das Reich. Sie wird nicht im Sand umdrehen zu lösen sein und mit ihren Schwierigkeiten die Entscheidung der heranrückenden außerpolitischen Entscheidungen kaum weniger belasten als in den Wahlkampfmonaten, die hinter uns liegen. Trotz des nun auch in Preußen eingetretenen politischen Erdbebens und des beispiellosen Erfolges der Nationalsozialisten ist eben die glatte Lösung einer absoluten Mehrheit, die ebenso unabhängig vom Zentrum wie von den Kommunisten wäre, nicht ganz erreicht. Das bleibt der ausschlaggebende Gesichtspunkt für die Beurteilung der politischen Wirkungen, die von diesen Wahlen ausgehen.

Schon als Lehre für die Zukunft ist es nicht zwecklos, die Schuldfrage zu klären. Warum blieb die Weimarer Koalition in Preußen nicht zusammen? Die Erwartungen mehr als gerechtfertigt, die man nach ihrem Vorstoß bei den Präsidentschaftswahlen hegen konnte. Dagegen ist es schon den Deutschnationalen an ihrer Seite nicht gelungen, ihre Kampfkraft in vollem Maße zu erreichen und aus der zerschlagenen Mitte große Teile des Bürgeriums an sich zu ziehen. Und völlig verlagert hat der Frontabschnitt, der von den Konservativen, dem Landvolk, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei gehalten wurde. Wir können hier den Grafen Helldorf als Reagenz anführen, der es kurz vor der Wahl als die Aufgabe dieser Gruppen bezeichnet hatte, die 2,5 Millionen preussischer Stimmen, die in der Präsidentschaftswahl rechts vom Zentrum für Hindenburg abgegeben wurden, in den Preußenwahlen für die Halbrechte herauszuholen und mit diesen 46 Mandaten den Ausschlag bei der Regierungsbildung zu geben. Aus den 46 sind in Wirklichkeit nur zehn geworden. Hier ist die Ursache, durch welche die roten Herren in Preußen schlafen wollen, um sich dem für sie vernichtenden Volksurteil mit formalen Mitteln zu entziehen. Auch der Einwand, daß eben die Nationalsozialisten alles politische Treibholz in dieser Gegend weggeschafft hätten, hält nicht stand; denn die zehn Mandate, die der Rechten zur Verfügung standen, sind nicht durch die bürgerliche Zerstückelung verlorengegangen. Auf der Landvolksliste sind 188.000 Stimmen, die drei Mandaten entsprechen, wirkungslos verpufft. Rechnet man die übrigen bürgerlichen Stimmen zusammen, die in Preußen abgegeben sind, weiß diese Parteien die vorgeschriebene Mindestzahl in keinem Wahlkreis erreicht, so kommt man auf etwa 500.000. Wären diese Mandatspunkte für die Deutschnationalen abgegeben worden, dann hätte die Rechte zehn Sitze mehr und damit die absolute Mehrheit erhalten. Darauf hatte gerade Dugenberg immer hingewiesen, aber er hat nicht genügend Geduld in seiner politischen Nachbarschaft gefunden. Daran ist nun nichts mehr zu ändern; die Frage ist, was sich aus dem Ergebnis, so wie es vorliegt, machen läßt. Am schnellsten sind die Herren Braun und Severing fertig, die erklären, daß sie zwar schon so gut wie gekürzt seien, aber mangels einer absoluten Mehrheit der Opposition nicht ersetzt werden könnten, und deshalb von dem Ergebnis nicht weiter berührt würden. Das ist ihre eigene bisherige Mehrheit mit einem Verlust von 67 Sitzen zerstückelt ist, daß die Nationalsozialisten allein im neuen Landtag ihrer ganzen Weimarer Koalition die Waage halten, schiert diese fonderbaren Vertreter der demokratischen Regierungswelt offenbar wenig. Aber schließlich haben sie nach dieser Niederlage der Sozialdemokratie und nach diesem eindeutigen Urteil des Volkes gegen ihr System nicht allein zu bestimmen. Auch andere haben ein Wort mitzureden, vor allem das Zentrum. Von seiner Haltung hängt die innere Entwicklung Deutschlands wieder einmal weitgehend ab.

Zunächst in einem Zwischenspiel, aber auch von der Einstellung der ebenfalls auf der ganzen Linie geschlagenen Kommunisten; denn diese geben den Ausschlag, wenn nun die Frage der Weimarer Koalition als eine Wiederholung wieder aufgerollt wird, mit der sich die preussische Regierung gegen die Folgen der vorausgesetzten Wahlniederlage zu schützen vermag. Die Sozialpolitik der Linken ist insofern gefährlich, als diese unfaulere Schiebung nun tatsächlich zu einem schwerwiegenden Hindernis für die Bildung einer Reichsregierung wird, wenn es gilt, sie ebenso wie feimegelt die bisherige Landtagsregierung, mit relativer Mehrheit zu wählen. Die Weimarer, die dieses Risiko mit einer Aufschneiderei von einer Stimme im alten Landtag fertiggebracht haben, werden es ebenso bedenkenlos zu ihren Guntzen ausnutzen. Der Antrag auf Wiederbestellung der alten Weimarer Koalition ist durch den neuen Landtag hat also nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn ihn die Kommunisten unterstützen. Sie waren mit der Rechtsopposition gegen die Wenderung der Weimarer Koalition als die Weimarer Koalition sie wünschte. Werden sie aber mit der Rechten auch für die Wiederbestellung eintreten? Das wäre logisch, aber es bleibt unwahrscheinlich, weil sie sich dann dem sozialdemokratischen Vorwurf

Das Urteil der europäischen Presse

Beforgnisse in London

London, 25. April. Im großen Ueberflusse verkündet die Londoner Presse ihren Verleumdung...

Die Kommunisten das Rückgrat an der Waage

sein können. „Daily Telegraph“ deutet deshalber, sich für eine Koalition der Zentrumspartei mit den Rechtsparteien einzusetzen...

Das erste Mal in der Geschichte Preußens, das die gesamte Außenwelt ein Interesse an der Wahl des Preussischen Landtages zeigt.

Die Welt wolle nun baldigst wissen, ob die alte Regierung Braun bleibe, oder ob Hitler in Preußen regieren werde.

Die Landtagswahlen in Oesterreich

Schwere Niederlage der Sozialisten

Wien, 25. April. Die Landtagswahlen in Oesterreich sind ohne besondere Zwischenfälle verlaufen.

Table with 3 columns: Party, Votes, Percentage. Includes Sozialdemokraten, Christlichsozialisten, Nationalsozialisten, Kommunisten.

Die Mandate verteilen sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 68 (78), Christlichsozialisten 19 (40), Großdeutsche — (2), Nationalsozialisten 15 (—).

Niederösterreich:

Table with 3 columns: Party, Votes, Percentage. Includes Sozialdemokraten, Christlichsozialisten, Großdeutsche.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 20 (21), Christlichsozialisten 28 (88), Großdeutsche — (3), Landbund — (1), Nationalsozialisten 8 (—).

Salzburg:

Table with 3 columns: Party, Votes, Percentage. Includes Sozialdemokraten, Christlichsozialisten, Großdeutsche.

An Eigen erhalten: Christlichsozialisten 12 (13), Sozialdemokraten 8 (9), Nationalsozialisten 8 (—), Großdeutsche — (3), Landbund — (1).

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu.

auflegen würden, daß sie einer preussischen Reichsregierung in den Sattel heißen.

Wenn es also bei der letzten Fassung der Geschäftsordnung bleibt, dann hat für die weitere Entwicklung weder das Zentrum noch das Volk in der Hand.

Nun kann sich wirklich nicht vorstellen, daß die Zentrumspartei unter diesem Eindruck so gewissenlos sein könnte.

Die Entwicklung über das zukünftige innerpolitische Gesicht Deutschlands liegt jetzt einmal in verhärteter Weise in den Händen des Reichspräsidenten.

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu.

Das neue englische Nationaltheater für Shakespeare

Aus Stratford-on-Avon wird uns geschrieben: In diesen Reisen stehen die Wagen an den Ufern des Avon.

Zwang der Umstände hierher gelenkt wird. Die Bühne ist mit allen Verwicklungen der modernen Theaterkunst ausgestattet.

Der Besucher, der das Theatergebäude betritt, wird durch die kunstvolle Gestaltung der Schönheit hingeleitet zu der eigentlichen Seele des Ganzen.

Kunst und Wissenschaft

Mitteilungen des Sächsischen Staatstheater

Mittwoch, den 27. April, Anrecht B. „Dagmar“ von Kurt Striegler mit Maria Cepbart in der Titelrolle.

habe, werde finden, daß ihre Stellung immer schwieriger werde.

Das Pariser Echo der Preussentwahlen

Paris, 25. April. Das Ergebnis der Preussentwahlen wird von der Pariser Presse noch mit einiger Zurückhaltung besprochen.

Staatssekretär Weismann will zurücktreten?

Berlin, 25. April. Die Meldung eines Berliner Montagsblattes, wonach der preussische Staatssekretär Weismann demnächst von seinem Posten zurücktreten werde.

Keine politischen Zwischenfälle in Berlin

Berlin, 25. April. Befürchtungen, daß im Anschluß an die Wahlen, die in Berlin bis auf den einen blutigen Zwischenfall ziemlich ruhig verlaufen sind.

Pränung wieder in Genf.

Pränung wieder in Genf. Reichskanzler Brüning traf in Begleitung des Staatssekretärs v. Bülow am Sonntag, kurz vor Mitternacht, mit dem Fahrplanmäßigen Zuge wieder in Genf ein.

Infrastruktur der neuen englischen BBA.

Infrastruktur der neuen englischen BBA. In der Nacht vom Montag zum Dienstag treten die neuen englischen BBA in Kraft.

und Juge über ein Thema von J. G. Bach für Klawier, Herz 81; ein kurzes Vokalstück des Sopranen; zum Schluß: Mozart: Divertimento D-Dur, Köchelverzeichnis 334.

Der Dresdner Bühnenverein hat auf neuer Grundlage das Studium der Sächsischen D-Musik-Werke begonnen.

Schubertischer Frauenchor. Unter der geschickten Führung von Selma Schubert brachte am Sonntagmorgen der Chorverein ein Konzert für Dresden und Umgebung.

Der Besucher, der das Theatergebäude betritt, wird durch die kunstvolle Gestaltung der Schönheit hingeleitet zu der eigentlichen Seele des Ganzen.

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu.

Die Entwicklung über das zukünftige innerpolitische Gesicht Deutschlands liegt jetzt einmal in verhärteter Weise in den Händen des Reichspräsidenten.

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu.

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu.

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu.

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu.

Die bisher bekannten Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Kärnten und Steiermark lassen einen Gesamtüberblick noch nicht zu.



Man nennt mich Mimi!

Verdammt! Wenn ich die Tänzerin auf dem Schiff...

Während er ins Zimmer zurückkehrte, erwog er...

„Da hast du einen feinen Fang gemacht“, sagte er zu ihr...

In einem Laden der Mohrstraße befindet sich die Wett-

Der Herr Pöfer stand mit dem verbindlichsten Nicken...

„Wenn Sie mir Rechnen vorbringen wollen, Fräulein...

Da er sah, daß sich der Grobian noch mit Sportartikeln...

„Dann sagte er: „Schon lange nicht mehr gesehen!“

„Und im Ausland ist's auch nicht anders. Ob du's...

„Die Zeiten sind schlecht“, jammerte Artur. „Rein was...

„Nobel ist immer gewesen, meine Vene...“

„Ich freue mich sehr, Sie kennenzulernen“, lächelte...

„Was soll eine schöne Frau noch von einer Welt halten...

„Auf hoher See?“ fragte er. „Sie meinen Comersee?“

„Meine Hochachtung! Und weil ja der Presse sowieso...

Im Tennisclub von Neuporf getroffen... „Sind...

„Sie griff nach einem Stapel von Papieren, die sie bei...

„Verpakt, verpakt!“ rief er.

„Ich habe Sie... habe Sie selber geschritten...“

„Der Sänger streckte die Arme nach seinem Diener aus...

„Nach dem Wagen fertig. Wir starten nach Mailand.“

„Droben entwickelte sich eine rege Geschäftigkeit.“

„Möchten Sie gern Gefangenen haben, he?“

Zeichen der Zeit Selbständigkeit Schlüter VOLLKORN-BROT

Für Steingärten Pelz- und Polster- wintertuche

Strümpfe Damenstrümpfe Herren-Strümpfe

Wibell'sche Schreibmaschine Orga-Privat

Wie starke Frauen schlanker werden! „Lupa“-Spezialmodell

Obstbäume Beerenobst Rosen Hoyer & Klemm

Waffelbruch Waffelfabrik Kaiser Straße 92/94

Waffelbruch Waffelfabrik Kaiser Straße 92/94

Vertical text on the far right edge of the page, including names and addresses.

